

2015.12.12 Infobrief Frieden Dez. 2015 Nr. 1

Inhalt:

Syrieneinsatz:

Die Kriterien für einen Einsatz sind nicht erfüllt - Eine Stellungnahme des Friedensbeauftragten des Rates der Evangelischen Kirche

Die EKD sieht einen Syrien-Einsatz der Bundeswehr skeptisch - Zweifel an Mandat und Erfolgsaussichten eines Militäreinsatzes

Aus dem epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 50_2015

Syrieneinsatz:

Bundeswehr-Einsatz gegen IS in beiden Kirchen umstritten - Badische Landeskirche ruft zu Verzicht auf deutschen Militäreinsatz in Syrien auf

»Völkerrecht nicht weiter aushöhlen« - EKD-Friedensbeauftragter Brahm warnt vor Bundeswehr-Einsatz in Syrien

Aus dem epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 49_2015

Theologischer Vize Henz: Bundeswehreinsatz gegen IS muss von UN-Mandat gedeckt sein

»Terrorismus kann man nicht wegbomben« - Friedensbewegung gegen Militäreinsätze nach Anschlägen von Paris

Evangelische Jugend: Friedenspolitik Vorrang geben in Terrorismus-Prävention

Religionen – Toleranz - Frieden

Religionsforscher Khorchide und Pollack mahnen zu Toleranz

Migrationsexperte: Gemeinsamkeiten der Religionen betonen

Frieden durch Begegnung – nicht mit Waffen - Internationale Konferenz für Frieden und Wiedervereinigung auf der koreanischen Halbinsel

Gottesdienst und Migration - Materialsammlung

Aus dem Newsletter der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb

Dossier Rechtsextremismus - Verschwörungstheorien

Neuigkeiten aus dem ZFD - Newsletter

2015.12.12 Infobrief Frieden Dez. 2015 Nr. 1

Syrieneinsatz:

Die Kriterien für einen Einsatz sind nicht erfüllt

Eine Stellungnahme des Friedensbeauftragten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zu einer militärischen Beteiligung Deutschlands am Kampf gegen den sog. „Islamischen Staat“ in Syrien

http://www.ekd.de/aktuell/20151202_stellungnahme_syrien.html

Die EKD sieht einen Syrien-Einsatz der Bundeswehr skeptisch

Zweifel an Mandat und Erfolgsaussichten eines Militäreinsatzes

4. Dezember 2015

http://www.ekd.de/aktuell/edi_2015_12_04_militaereinsatz_syrien.html

Aus dem epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 50_2015

Syrieneinsatz:

Bundeswehr-Einsatz gegen IS in beiden Kirchen umstritten

Badische Landeskirche ruft zu Verzicht auf deutschen Militäreinsatz in Syrien auf

Frankfurt a.M./Berlin (epd). Der Bundeswehr-Einsatz gegen die Terrormiliz »Islamischer Staat«, den der Bundestag am 4. Dezember billigte, ist in den beiden großen Kirchen umstritten. Für den Vorsitzenden der Deutschen Kommission Justitia et Pax, Bischof Stephan Ackermann, ist eine militärische Beteiligung Deutschlands bei der Bekämpfung des Terrorismus »gut nachvollziehbar, vielleicht sogar sachlich geboten«. Hingegen warnte der Fuldaer Bischof Heinz Josef Algermissen als Präsident der deutschen Sektion der katholischen Friedensbewegung »Pax Christi« vor einer deutschen Kriegsbeteiligung in Syrien: »Ein Ja dazu bedeutet, ein militärisches Abenteuer zu beginnen, dessen Ziel und Ende nicht absehbar ist, in einer Region, wo bereits viele Akteure bombardieren und kämpfen.« Auch in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gibt es dazu keine einheitliche Position. Die Kirchenleitung der badischen Landeskirche rief am 4. Dezember zu einem Verzicht auf einen deutschen Militäreinsatz in Syrien auf. »Der Beschluss des Bundeskabinetts zur Beteiligung der Bundeswehr an einem Militäreinsatz in Syrien erfüllt uns mit Sorge. Er folgt einer Logik, durch militärische Gewalt mehr Sicherheit herzustellen«, heißt es in einer Stellungnahme. Der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm sieht einen Bundeswehreininsatz gegen den IS skeptisch. Ein Ja machte er am 3. Dezember in Berlin von der Aussicht auf Erfolg abhängig: »Wenn ich davon überzeugt wäre, dass diese

Maßnahmen in Syrien und Irak die Waffen von Bürgerkriegsparteien und IS-Mörderbanden zum Schweigen bringen und den Nährboden des Terrorismus austrocknen könnten, dann würde ich sie befürworten«, sagte der bayerische Landesbischof. Auch andere evangelische Kirchenrepräsentanten, wie der hannoversche Landesbischof Ralf Meister und der EKD-Friedensbeauftragte Renke Brahm, äußerten sich kritisch zu einer deutschen Beteiligung. Dagegen bezeichnete der reformierte Kirchenpräsident Martin Heimbucher einen deutschen Militäreinsatz in Syrien als »christlich verantwortbare Position«. Zuvor hatte sich bereits die Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau gegen Kampfeinsätze deutscher Soldaten im Nahen Osten ausgesprochen. Militärische Mittel seien nicht geeignet, um den sogenannten Islamischen Staat erfolgreich zu bekämpfen, heißt es einer Resolution. Eine verstärkte deutsche Beteiligung beim internationalen Kampf gegen den IS sei auch für den europäischen Zusammenhalt bedeutsam, sagte der Trierer katholische Bischof Ackermann mit Hinweis auf die Terroranschläge in Paris. »Die Stärkung der europäischen Kooperation - wo zielführend auch militärisch - ist eine Voraussetzung für die geforderte langfristige Handlungsfähigkeit.« Zugleich machten es die Erfahrungen aus dem Irak und Afghanistan notwendig, eine international getragene Perspektive zur Bekämpfung des IS und zur Beendigung des Krieges in Syrien zu entwickeln, argumentierte Ackermann. »Pax Christi«-Präsident Algermissen warnte hingegen, die Gewaltspirale in Syrien werde nicht gestoppt, wenn neue Akteure wie Deutschland sich an dem Krieg beteiligten. Die Luftangriffe, die nun auch mit deutscher Hilfe erfolgten, trafen die gesamte syrische Bevölkerung. »Jeder weitere Staat, der sich an den Bombardierungen beteiligt, verstärkt die Militarisierung der Region, und die Weltgemeinschaft läuft Gefahr, sich in die militärische Sackgasse zu bewegen.« Zuvor hatte der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick den Einsatz militärischer Gewalt als letztes Mittel gegen die Terrormiliz »Islamischer Staat« für ethisch vertretbar bezeichnet. Wenn das »menschenverachtende Treiben« des IS in Syrien auf anderem Wege nicht zu stoppen sei, dürfe militärische Gewalt angewendet werden, sagte Schick am Montag. Militärgewalt dürfe niemals ein reguläres Mittel sein, um die Verhältnisse zu wenden und auf friedliche Zustände hinzuwirken. Mit einer terroristischen Organisation wie dem IS sei jedoch keine Verhandlungslösung möglich, ergänzte Schick, der die Kommission Weltkirche der katholischen Deutschen Bischofskonferenz leitet. *Von Rainer Clos (epd)*

KIRCHEN epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 50_2015 Seite _2

»Völkerrecht nicht weiter aushöhlen«

EKD-Friedensbeauftragter Brahm warnt vor Bundeswehr-Einsatz in Syrien

Bremen (epd). Der Friedensbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Renke Brahm, hat vor einem Einsatz der Bundeswehr in Syrien gewarnt. Nach den Grundsätzen evangelischer Friedensethik müsse für einen militärischen Einsatz als äußerstes Mittel einer rechtserhaltenden Gewalt zwingend ein Mandat des UN-Sicherheitsrates vorliegen, sagte Brahm dem Evangelischen Pressedienst (epd). »Wir dürfen das ohnehin

durch Einsätze in der Vergangenheit angeschlagene Völkerrecht nicht weiter aushöhlen«, mahnte der Leitende Theologe der Bremischen Kirche. Der Bundestag hat am 4. Dezember den Einsatz der Bundeswehr im Kampf gegen den »Islamischen Staat« (IS) in Syrien beschlossen. »Jede direkte militärische Intervention oder gar ein Einsatz von Bodentruppen werden die Eskalation beschleunigen und auch einer weiteren Institutionalisierung des IS Vorschub leisten«, warnte Brahm und fügte hinzu: »Das aber ist genau das Kalkül des IS, damit gehen wir den Terroristen auf den Leim.« Hingegen hält die katholische Deutsche Bischofskonferenz den Einsatz militärischer Gewalt als letztes Mittel gegen die Terrormiliz »Islamischer Staat« für ethisch vertretbar. Wenn das »menschenverachtende Treiben« des IS in Syrien auf anderem Wege nicht zu stoppen sei, dürfe militärische Gewalt angewendet werden, sagte Erzbischof Ludwig Schick am 30. November in Berlin. In Solidarität zu den Opfern von Anschlägen in Paris, Ankara, Beirut, Tunis und vielen Städten Syriens und des Iraks komme es darauf an, den Terroristen mit polizeilichen Mitteln entgegen zu treten. »Auch mit geheimdienstlicher Arbeit und vor allem im Vorrang des Politischen«, argumentierte dagegen der Friedensbeauftragte Brahm. »Terrorismus ist ein Verbrechen und ist wie ein Verbrechen zu bekämpfen. Deshalb ist zunächst und zuallererst auf den politischen Prozess zu setzen, der mit den Wiener Gesprächen begonnen hat und der sehr bald fortgesetzt werden muss.« Die Kriegsrhetorik dagegen führe in die Irre. Es komme beispielsweise darauf an, die Finanzströme und den Ölverkauf des IS endgültig zu unterbrechen - »unter Einbeziehung aller am Konflikt beteiligten Länder, inklusive Russlands und den Nachbarn von Syrien«. Militärisches Handeln hingegen potenziere allen Erfahrungen zufolge die Probleme und bringe keine belastbaren Aussichten auf eine Befriedung der Situation. Deshalb müsse die internationale Staatengemeinschaft auf einen geduldigen Weg politischer Überzeugungsarbeit und auf Initiativen des zivilgesellschaftlichen gewaltfreien Engagements setzen. »Besondere Bedeutung hat da die Zusammenarbeit mit den wenigen in Syrien verbliebenen zivilgesellschaftlichen Friedensakteuren«, unterstrich Brahm. »Hier liegen die eigentlichen Quellen für einen künftigen syrischen Modus Vivendi, für eine Verständigung in Richtung nachhaltiger Lösung der Probleme.« *epd-Gespräch: Dieter Sell*

KIRCHEN epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 50_2015 Seite _3

[Aus dem epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 49_2015](#)

Theologischer Vize Henz: Bundeswehreinsatz gegen IS muss von UN-Mandat gedeckt sein

Bielefeld (epd). Der Theologische Vizepräsident der westfälischen Landeskirche, Albert Henz, vermisst bei der geplanten Beteiligung der Bundeswehr am Kampf gegen die Terrormiliz IS eine friedenspolitische Strategie. »Militärische Mittel allein können den Konflikt nicht lösen«, sagte Henz am 27. November in Bielefeld dem epd. Es müsse vorab geklärt sein, wie eine anschließende Friedenslösung für Syrien aussehen könne. »Sonst wird es nichts bringen, und die Lage im Nahen Osten wird sich eher destabilisieren«, warnte der Vizepräsident der Evangelischen Kirche von Westfalen. Zwar könne Deutschland seinen

Verbündeten militärische Unterstützung im Kampf gegen die Terrormiliz »Islamischer Staat« (IS) kaum versagen, räumte Henz ein. Doch müsse ein Einsatz der Bundeswehr von einem Mandat der Vereinten Nationen gedeckt sein, betonte der Theologe.

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hatte am 26. November nach einer Sondersitzung der Fraktionen von Union und SPD eine Unterstützung der französischen Militäroperationen in Syrien angekündigt. Im Gespräch sind unter anderem der Einsatz von Tornado- Aufklärungsflugzeugen und einer deutschen Fregatte zur Absicherung des französischen Flugzeugträgers »Charles de Gaulle« vor der Küste Syriens. Zudem will die Bundesregierung Satellitenaufklärung und logistische Hilfe zur Verfügung stellen. Für die Bundesregierung wäre dies ein Einstieg in das militärische Engagement direkt in Syrien. Bislang hat sie sich nur indirekt über eine Unterstützung der gegen den IS kämpfenden Peschmerga im Nordirak beteiligt. Freikirchen: Auf Terror mit friedlichen Mitteln reagieren Wustermark (epd). Die Vereinigung Evangelischer Freikirchen fordert, für staatliche und persönliche Konflikte immer eine gewaltfreie Lösung zu suchen. Ziel müsse stets die Ausrichtung am Frieden sein, teilte die Vereinigung am 26. November in Wustermark mit. Auf die theologische Orientierungshilfe zur Friedensethik hatten sich die 14 Mitgliedskirchen der Vereinigung auf ihrer Versammlung in Friedensau in Sachsen-Anhalt geeinigt. Innerhalb des Zusammenschlusses gebe es unterschiedliche Meinungen zur Friedensethik, heißt es in der Mitteilung. Doch die Erklärung enthalte Kernpunkte, »die vom biblischen Vorbild zeugen, dass Böses mit Gutem überwunden werden kann«, sagte der Präsident der Vereinigung, Ansgar Hörsting. In der Vereinigung Evangelischer Freikirchen sind zwölf Mitglieds- und zwei Gastkirchen organisiert. Der Verband vertritt rund 250.000 Mitglieder. Schon seit längerem verfolgten die Freikirchen das Anliegen, »der Kriegslogik auch öffentlich eine Friedenslogik entgegenzusetzen«, sagte der Beauftragte der Vereinigung am Sitz der Bundesregierung, Peter Jörgensen, dem Evangelischen Pressedienst (epd). Nun würden nach den Anschlägen von Paris die Forderungen nach einem militärischen Eingreifen immer lauter. Am 26. November wurden Pläne der Bundesregierung bekannt, sich mit Tornado-Aufklärungsflugzeugen am Kampf gegen die Terrormiliz »Islamischer Staat« zu beteiligen. In diese Situation hinein wollten die Freikirchen »unser Grundanliegen hervorheben, dem Terror Frieden entgegenzusetzen« und nicht auf Gewalt mit Gewalt zu antworten, sagte Jörgensen. Die drei Seiten lange theologische Orientierungshilfe zur Friedensethik enthält auch einen Abschnitt, wie Frieden verwirklicht werden könne.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 49_2015 Seite _7

»Terrorismus kann man nicht wegbomben«

Friedensbewegung gegen Militäreinsätze nach Anschlägen von Paris

Bonn (epd). Deutschland steht vor einer aktiven Beteiligung an Kampfeinsätzen gegen den »Islamischen Staat«. Die Friedensbewegung warnt vor einem militärischen Vorgehen und lehnt auch die geplante Beteiligung der Bundeswehr mit Aufklärungsflugzeugen und

logistischer Unterstützung ab. »Krieg gegen den IS-Terror ist keine Lösung«, sagt Paul Russmann von der Stuttgarter Initiative »Ohne Rüstung leben«. Als katastrophal bezeichnet Jan Gildemeister, Geschäftsführer der evangelischen Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) in Bonn, die aktuelle Entwicklung. »Deutschland wird nun auch zur Kriegspartei«, sagte er dem Evangelischen Pressedienst (epd). Selbst wenn die IS-Miliz militärisch zurückgedrängt werden sollte, würde das Problem nicht gelöst, meint Gildemeister. »Militärschläge führen nur zu mehr zivilen Opfern, die schon jetzt durch die Einsätze Russlands, Frankreichs, der USA oder anderer Staaten zu beklagen sind.« Terroristen ließen sich dadurch aber nicht von Anschlägen abhalten: »Ganz im Gegenteil, sie steigern nur den Hass und motivieren Selbstmordattentäter.« Mehr zivile Opfer befürchtet Auch für Russmann kann Sicherheit vor Terrorismus nicht durch Kampfeinsätze der Bundeswehr oder Waffenlieferungen erreicht werden. »Man kann einen Gegner von Demokratie, Humanität und Freiheit nicht bekämpfen, indem man ihm ähnlich wird« warnt der gelernte Bankkaufmann und Diplom-Theologe. »Krieg gegen den Terrorismus zerstört Leben und Lebensgrundlagen und führt zu Flucht und neuem Terror.« Andere Friedensorganisationen teilen diese Einschätzung. So wendet sich Wolfgang Schlupp-Hauck von der »Pressehütte Mutlangen« gegen jeden Versuch, die Anschläge von Paris »auszunutzen, um Krieg zu befürworten«. Vergeltung sei keine gute Antwort. »Der Krieg gegen den Terror nach dem 11. September hat dem Terror von Paris erst den Weg bereitet«, erinnerte Schlupp-Hauck an die Anschläge vom 11. September 2001 in den USA. Pfarrer Matthias Engelke, der den deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes leitet, stuft Terrorismus als eine Art von Kriminalität ein. »Terrorismus kann man nicht wegbomben, so wenig, wie man Feindschaft töten kann«, betont er. Statt eines militärischen Vorgehens setzt die Friedensbewegung auf Diplomatie. »Erhebliche Chancen liegen in den aktuellen internationalen Verhandlungen über einen Waffenstillstand und eine friedliche Beilegung des Syrienkonflikts«, meint der AGDF-Vorsitzende Gildemeister. Er fordert »eine Politik der globalen Gerechtigkeit, die sich an den Bedürfnissen der Menschen weltweit orientiert und dem Terrorismus den Nährboden entzieht«. Eine Politik, die den Terrorismus wirksam bekämpfen will, muss ihm auch nach Russmanns Ansicht »den sozialen, politischen und ideologischen Nährboden entziehen, auf dem er gedeiht«. Eine Mitschuld an der Entwicklung gibt die Friedensbewegung der deutschen Rüstungspolitik. Christen sollten Böses mit Gutem überwinden, sagt Russmann. »Aber oft tragen auch wir zum Bösen bei, durch unser Wirtschaftssystem oder durch Rüstungsexporte.« Auch für Gildemeister trägt Deutschland eine Mitverantwortung für den Terror im Nahen und Mittleren Osten »durch militärische Interventionen, Waffenlieferungen und die Ausbildung von Milizen«. Auch Partnerländer wie die Türkei und Saudi-Arabien hätten die islamistische IS-Miliz gefördert. Einig sind sich die Vertreter der Friedensbewegung darin, dass Muslime und Flüchtlinge nun nicht unter einen Generalverdacht gestellt werden dürften. »Flüchtende und Migranten sind nicht die Ursache für Terror, sondern vielmehr eine Folge«, betont Gildemeister. Und Russmann warnt, pauschale Verdächtigungen von Muslimen würden dem IS in die Hände spielen. Für Reiner Braun, den Geschäftsführer der Juristen gegen den Atomkrieg (Ialana), stellen Terrorismus und bewaffnete Konflikte weltweit den westlichen Lebensstil in Frage.

»Nur wenn wir unsere zerstörerischen Produktions- und Konsumweisen auf den Prüfstand stellen und sie für historisch überlebt erklären, können wir den Weg zur globalen Gerechtigkeit beschreiben«, sagt Braun. Frieden werde es nur durch mehr Gerechtigkeit und eine Überwindung des neoliberalen Kapitalismus geben. Unabdingbar dafür sei auch »eine wieder erstarkende aktionsorientierte Friedensbewegung«. *Rainer Hofmann (epd)*

GESELLSCHAFT epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 49_2015 Seite _26

Evangelische Jugend: Friedenspolitik Vorrang geben in Terrorismus-Prävention

Hannover (epd). Die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (aej) fordert angesichts der weltweiten terroristischen Anschläge politische Maßnahmen, die den Frieden fördern. Dagegen seien kriegerische Aktivitäten »grundsätzlich zu hinterfragen«, erklärte die Evangelische Jugend mit Sitz in Hannover am 1. Dezember. Gleichzeitig verurteilte der bundesweite Jugendverband die »völlig unzureichende Kontrolle von Waffenexporten«. Gerechtigkeit und Freiheit seien Eckpfeiler einer gesellschaftlichen Ordnung und ermöglichten Menschen ein Leben ohne Gewalt, hieß es. Der Verband fordere deshalb mehr Initiativen, die Ungleichheit entgegenträten, alle gesellschaftlichen Gruppen einbänden und Menschenfeindlichkeit bekämpften. Um Radikalisierung und Gewaltbereitschaft zu verhindern, müssten zivilgesellschaftliche Organisationen gestärkt werden. In der aktuellen gesellschaftlichen Debatte müssten die Fragen der Terrorismus-Prävention strikt getrennt werden von der Diskussion um die Zuwanderung von Flüchtlingen aus Kriegsgebieten. Weder verstärkte Kontrollen über das öffentliche Leben noch die Einschränkung des Asylrechts könnten Sicherheitsprobleme lösen, hieß es. Die aej ist der Zusammenschluss der Evangelischen Jugend in Deutschland und vertritt etwa 1,35 Millionen junge Menschen.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 50_2015 Seite _3f.

Religionen – Toleranz - Frieden

Religionsforscher Khorchide und Pollack mahnen zu Toleranz

Münster (epd). Nach den islamistischen Terroranschlägen in Paris und Mali haben die Münsteraner Religionswissenschaftler Mouhanad Khorchide und Detlef Pollack für ein aufgeklärtes Religionsverständnis geworben. In einer am 24. Oktober in Münster veröffentlichten gemeinsamen Erklärung appellierten die beiden Forscher zudem an die Bürger in Europa, sich durch den Terror nicht in Muslime und Nichtmuslime spalten zu lassen: »Wir gehören zusammen, weil wir Freiheit und Toleranz bejahen.« Toleranz müsse Muslime und Nichtmuslime verbinden. Viele Muslime müssten selbst vor dem islamistischen Terror in ihrer Heimat fliehen. Umso wichtiger sei es, das »Feindbild Westen« abzubauen, mit dem die Attentäter unter jungen Muslimen werben. Dazu könnten islamischer

Religionsunterricht an öffentlichen Schulen und eine aufgeklärte islamische Theologie an den Universitäten wesentlich beitragen, schreiben die Wissenschaftler vom Exzellenzcluster »Religion und Politik« der Universität Münster. Ein Motiv der jungen Attentäter bestehe darin, dass sie oft am Rande der Gesellschaft lebten und sich nicht anerkannt und gleichberechtigt fühlten. Für ihr Schicksal machten sie »den Westen« verantwortlich, sie wollten sich an ihm rächen. »Dieses Feindbild dürfen wir nicht bedienen«, mahnen Khorchide und Pollack. Junge Muslime in Deutschland und Europa müssten stattdessen befähigt werden, »ihren Glauben rational zu reflektieren und diesen als mündige Individuen selbständig zu verantworten, um zwischen menschenfreundlichen und menschenfeindlichen religiösen Angeboten unterscheiden zu können«. Der wegen seines Buches »Islam ist Barmherzigkeit« bei den Islamverbänden umstrittene Khorchide leitet das Zentrum für Islamische Theologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster. Der Religionssoziologe Detlef Pollack, der unter anderem über das Verhältnis von Religion und Moderne forscht, ist Sprecher des Exzellenzclusters »Religion und Politik«. Dort untersuchen rund 200 Wissenschaftler aus mehr als 20 geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern und 14 Nationen das Verhältnis von Religion und Politik.

Migrationsexperte: Gemeinsamkeiten der Religionen betonen

Dortmund (epd). Für den Migrationsexperten der Bertelsmann-Stiftung, Ulrich Kober, sollen die Kirchen die Gemeinsamkeiten von Christentum, Judentum und dem Islam stärker betonen. Dadurch biete sich die Chance, den Menschen in Deutschland die Angst vor dem Islam zu nehmen, sagte er am 27. November bei einer Diskussion in Dortmund. »Vom Grundethos her passt kein Blatt zwischen die drei abrahamitischen Weltreligionen.« Vor allem bei der Aufforderung zur Nächstenliebe und zu sozialem Engagement seien in den grundlegenden Büchern der drei Religionen ganz ähnliche Formulierungen zu finden, sagte Kober. Doch derzeit betonten die Kirchen noch zu sehr die Unterschiede. Gerade in der jetzigen Situation biete sich den Religionsgemeinschaften jedoch die entscheidende Möglichkeit, einen wesentlichen Beitrag zur Integration der Flüchtlinge zu leisten, erklärte er. Ohnehin zeige sich in den Gemeinden eine hohe Bereitschaft zu ehrenamtlichen Engagement für Flüchtlinge. Damit die Integration von Flüchtlingen auch wirklich gelinge, »wird das Land massiv investieren müssen«, unterstrich Kober. Vornehmlich gehe es um Sprache, Bildung und Arbeit. Doch dürfe nicht übersehen werden, dass die Qualifikationen vieler Flüchtlinge nicht hiesigen Standards entsprächen, betonte er. Um ihnen die gewünschte Teilhabe am Wirtschaftsprozess zu ermöglichen, müsse man sie entsprechend schulen. Damit die Flüchtlinge einen Platz in der Gesellschaft bekommen, müsse aber auch von ihnen erwartet werden, dass sie die Grundwerte der Bundesrepublik achten, hob Kober hervor. Die Vorsitzende der DGB-Region Dortmund-Hellweg, Jutta Reiter, warnte davor, die Flüchtlinge schlechter zu bezahlen. Auch für sie gelte der Mindestlohn. Nach Worten von Astrid Neese, Chefin der Agentur für Arbeit in Dortmund, haben zahlreiche Firmen bereits

den Kontakt zu Flüchtlingen gesucht, aber nicht, um sie schlecht zu bezahlen, sondern weil sie positive Perspektiven für ihr Unternehmen sehen.

GESELLSCHAFT epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 49_2015 Seite _27

Frieden durch Begegnung – nicht mit Waffen

Internationale Konferenz für Frieden und Wiedervereinigung auf der koreanischen Halbinsel

8. Dezember 2015

<http://www.ekd.de/aktuell/102742.html>

Gottesdienst und Migration

„Nach Hause kommen, das ist es, was das Kind von Bethlehem allen schenken will, die weinen, wachen und wandern auf dieser Erde.“ (Friedrich von Bodelschwingh)

<http://www.ekd.de/themen/gottesdienst-und-migration/index.html>

Aus dem Newsletter der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb

Dossier Rechtsextremismus

Verschwörungstheorien

Verschwörungstheorien haben Konjunktur, sind aber kein genuin rechtsextremes Phänomen. Bei Rechtsextremen funktionieren sie aber sehr gut. Als Teil ihrer Ideologie befördern sie ein einfaches Weltbild, das die Einteilung der Welt in Gut und Böse erleichtert.

<http://www.bpb.de/210325>

Neuigkeiten aus dem ZFD - Newsletter

www.ziviler-friedensdienst.org

ZFD-Partner der GIZ in Äthiopien gewinnt ?Equator?- Preis des UNDP Die ?Oromia Pastoralist Organization? wurde für ihr erfolgreiches und basisnahes Engagement für gewaltfreie Konfliktbearbeitung mit äthiopischen Viehzüchter-Gemeinschaften ausgezeichnet.

Israel/Palästina: Kurve Wustrow fordert ein Ende der Gewalt gegen die Bevölkerung und ihre ZFD-Partner in Palästina.

Kolumbien: Neue Phase im ZFD-Landesprogramm der AGEH Am 5. Oktober fand in der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá der feierliche Auftakt für die neue Projektphase des ZFD-Landesprogramms Kolumbien der AGEH statt.

Der ZFD im Libanon: Investition in den Frieden! Der Libanon beherbergt im Verhältnis zur eigenen Bevölkerung die meisten Flüchtlinge weltweit. Die angespannte Situation zwischen Einheimischen und Flüchtlingen erleben die Fachkräfte des forumZFD im Libanon täglich hautnah.

Mit Mediation Konflikte in Burundi gewaltfrei lösen Burundi ist erneut wegen gewaltsamer Ausschreitungen in die Schlagzeilen geraten. Karoline Caesar, ehemalige ZFD-Fachkraft im WFD, legt dar, inwieweit Mediation zur Deeskalation beitragen kann.

FriEnt blickt auf das Peacebuilding Forum 2015 zurück Unter dem Titel 'Re:think Peacebuilding!' fand vom 30. September bis 1. Oktober das Peacebuilding Forum 2015 der Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt) statt.

Die Flüchtlingskrise als Chance sehen Aus friedenspädagogischer Sicht stellt die 'Flüchtlingskrise' eine große Lern- und Entwicklungsmöglichkeit für die deutsche Gesellschaft dar, berichten AGDF und EAK in einer gemeinsamen Meldung.

Zeit für eine neue Realpolitik: Die Mitgliederversammlung des Weltfriedensdienstes beschließt Erklärung zur Anschlagserie von Paris.

Neuste Veröffentlichungen

Brot für die Welt: Publikation zu Journalismus und Medien in Konfliktsituationen erschienen In Konflikt- und Kriegsgebieten spielen Information und Kommunikation eine wichtige Rolle. Medien können Gewalt anstiften oder zum Frieden beitragen. Um Erfahrungen in diesem Bereich sichtbar zu machen, hat Brot für die Welt Berichte und Analysen aus der Demokratischen Republik Kongo, Ruanda, Kamerun und Sierra Leone in dem neuen Band der Reihe 'Building Peace' veröffentlicht.

GIZ: Buch "Change for Peace" erschienen In 24 Geschichten aus 12 Ländern beschreiben Fachkräfte des Zivilen Friedensdienstes der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH jene Veränderungen hin zur Gewaltfreiheit, die für sie als Resultat ihrer gemeinsamen Arbeit mit lokalen Partnern spürbar, beobachtbar und erlebbar sind.

pbi - Rundbrief Winter 2015/2016 Der Rundbrief der deutschen Zweigstelle der peace brigades international beschäftigt sich u.a. mit Kolumbien und der schwierigen Rückkehr der afrokolumbianischen Gemeinden dort auf ihr Land.

Der EIRENE-Rundbrief 3/2015 ist erschienen Der Internationale Friedensdienst in Deutschland ist das Schwerpunktthema des aktuellen EIRENE-Rundbriefs.

"Uniformiert, aber unbewaffnet" - Unter dem Titel "Uniformiert, aber unbewaffnet" ist das neue Magazin des forumZFD erschienen. Es beschäftigt sich mit gewaltfreien Alternativen zum Schutz von Menschen im Krieg.